VAdM–Kurier

66. Ausgabe: Mai/Juni 2025
Vertriebene, Aussiedler und deutsche Minderheiten in der AfD — VAdM e. V.

Herzlich willkommen zur

66. Ausgabe unseres „VAdM-Kuriers“ Mai/Juni 2025

Inhalt:

editorial	Seite 1
Aktualität	Seite 2
Demokratisch, wie die Deutsche Demokratische Republik	Seite 2
AfD: Zukunft des Oberschlesischen Landesmuseum sichern	Seite 2
Bernd Posselt spürt den „Wind der Veränderung“ wehen	Seite 3
28. Landestreffen der Ostpreußen in Anklam	Seite 3
Presseschau:	Seite 5
A. Weidel bei der CPAC-Hungary	Seite 5
Buchvorstellung	Seite 6
Giorgia Meloni: Ich bin Giorgia	Seite 6
Geschichte kontrovers	Seite 7
Die Beneš–Dekrete (Teil 9): „Geht abrechnen mit den Deutschen“	Seite 7
Deutsche Minderheiten	Seite 9
Deutscher Jesuit Lipke ist Weihbischof geworden	Seite 9
Erinnern	Seite 10
Vor 80 Jahren: Die Evakuierung der Deutschen aus Nordsiebenbürgen (Schluß)	Seite 10
Kriegsursachen 1914 (Teil 9): Vorspiel zum Ersten Weltkrieg: Erster Balkankrieg	Seite 12
Temeswar: Revolution 1989 (Teil 7)	Seite 13
Literatur aus dem Osten/Impressum	Seite 15

editorial

Seit einem guten Monat ist die Dreierkoalition im Amt und Würden: Im Moment zeichnet sie sich durch einen hyperventilierten Aktionismus ab: Antrittsbesuche in Ost und West, medienwirksame Grenzkontrollen, Aufrüstung der Bundeswehr: Rastloser Aktionismus täuscht über geistige Trägheit hinweg.

Wirksame Maßnahmen gegen die Migration: Streichung der Geldzuwendungen werden nicht ergriffen. Die Bundeswehr soll zur stärksten konventionellen Streitmacht Europas aufgebaut werden, dies bei dem offenbar herrschenden Fachkräftemangel.

Der schwelende Konflikt zwischen Israel und Iran läßt die Region des Nahen Ostens nicht zur Ruhe kommen: Wie in der Ukraine kann oder will sich der US-Präsident auch hier nicht als Friedensstifter durchsetzen.

Martina Kempf *Herbert Karl*

G. W. F. Hegel über Frieden – Lexikon der Argumente

Frieden/Hegel/Höffe: Dass die Rechtsphilosophie (Hegel, Vorlesungen zur Philosophie der Geschichte 1821-32 hrsg. v. E. Gans 1837) in einer Weltgeschichte als «Schlachtbank» und nicht wie bei Kant im höchsten politischen Gut, dem ewigen Frieden, gipfelt, trägt Hegel kaum Sympathien ein. Von heute aus gesehen, von der Dominanz einer universalistischen Rechtsethik mit dem Gedanken von Menschenrechten und einer zunehmenden Verrechtlichung der zwischenstaatlichen Verhältnisse erscheint Kant als überlegen.

Hegel vs. Kant: Überdies verwirft Hegel [. . .] die Idee eines ewigen Friedens, sieht Kriege als für die «sittliche Gesundheit» der Völker unverzichtbar an und begnügt sich für die zwischenstaatlichen Beziehungen mit einem Völkerrecht, das auf eine Weltrechtsordnung, selbst auf dessen bescheidene Vorstufe, einen Staatenbund, verzichtet.

(Höffe I 338)

Aktualität

Demokratisch, wie die Deutsche Demokratische Republik

Autor: Vera Lengsfeld

Nein, ich war nicht überrascht, daß es nach der Wahl weitergeht, wie vor der Wahl. Das hatte ich vorausgesagt. Aber mit welcher offensichtlichen Wählerverachtung das geschieht, ist doch frappierend. Friedrich Merz, der noch vor wenigen Wochen verkündet hatte, daß er am Tag 1 seiner Kanzlerschaft die unkontrollierte Einwanderung stoppen würde, ließ nach der Wahl wissen, daß niemand die Absicht hätte, die Grenzen zu schließen. Folglich hörte man nichts von ihm, als die Noch-Regierung ihren Import von Afghanen wieder aufnahm. Er tut auch nichts gegen die Noch-Außenministerin Baerbock, trotz Warnungen, daß sie noch schnell möglichst alle Afghanen, die in Pakistan und Tadschikistan Anträge auf Einreise nach Deutschland gestellt haben, per Regierungs-Taxi nach Deutschland holen will. Man könnte glauben, er hielte seine Wähler für so unbedarft, daß sie sein Versprechen in wenigen Wochen vergessen hätten. Nein, es ist seine grenzenlose Arroganz der Macht, die ihn zu noch offensichtlicheren Brüchen seiner Wahlversprechen veranlaßt hat.

Auf der Wahlkampf-Abschlußkundgebung am 22. Februar in München betonte Merz noch eindringlich die Notwendigkeit fiskalischer Disziplin. Er behauptete, daß er an der Schuldenbremse als Grundprinzip festhalten will, da sie ein Garant für wirtschaftlicher Stabilität sei. Deutschland müsse „wieder auf die Beine kommen“ und das sei nur mit einer soliden Haushaltspolitik möglich.

Eine Unions-geführte Regierung müsse sparsam wirtschaften und Investitionen gezielt aus bestehenden Mitteln finanzieren, anstatt neue Schulden aufzunehmen. Auch Markus Söder betonte die finanzpolitische Zurückhaltung als Teil der unionspolitischen DNA. Man dürfe „nicht über seine Verhältnisse leben“.

Merz wetterte gegen die Ausgabenpolitik der Ampel-Koalition, die er als verschwenderisch bezeichnete: „Wir werden das Geld der Bürger nicht zum Fenster hinauswerfen.“ Nun schickt er sich an, genau das zu tun. Nur zwei Tage später will Merz Gespräche führen, damit die Schuldenbremse zu Gunsten unbegrenzter Verschuldung wegfällt. Mehr noch. Er will diesen Coup mit dem abgewählten Bundestag durchziehen, weil er im neu gewählten dafür nicht die notwendige verfassungsändernde Mehrheit bekäme.

Nicht nur die abgewählte Ampel, auch Merz signalisiert: Was ihr Wähler und Steuerzahler wollt, interessiert mich nicht. Damit ist er auf DDR-Niveau angekommen. Schon Walter Ulbricht hatte nach dem Prinzip gehandelt: Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben. Die Ampel scheiterte am Versuch, die Schuldenbremse aufzuheben, bei Merz feiert dieser Versuch fröhliche Urständ.
Mehr offene Wählerverachtung geht nicht.

Veröffentlicht am: 26. Februar 2025

Quelle: https://vera-lengsfeld.de/2025/02/26/demokratisch-wie-die-deutsche-demokratische-republik/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_source_platform=mailpoet&utm_campaign=NL-Post-Notifications

AfD-Fraktion will die Zukunft des Oberschlesischen Landesmuseums sichern
Felizitas Küble
11. Juni 2025

Laut aktuellen Presseberichten steht das Oberschlesische Landesmuseum in Ratingen bei Düsseldorf vor einer drohenden Schließung zum 31. Dezember 2025. Das Museum soll künftig nur noch ein kleiner Teil des Ruhrmuseums in Essen werden und dabei seinen eigenständigen Charakter verlieren.

Das Oberschlesische Landesmuseum ist die zentrale Einrichtung zur Pflege und Vermittlung der Geschichte und Kultur Oberschlesiens in Deutschland. Es wurde ausdrücklich auf Grundlage des § 96 Bundesvertriebenengesetzes geschaffen, um das kulturelle Erbe der vertriebenen und ausgesiedelten Deutschen zu bewahren und sichtbar zu machen.

Darüberhinaus spielt es eine bedeutende Rolle bei der kulturellen Zusammenarbeit und Verständigung mit Polen und Tschechien.

Hierzu erklärt der kulturpolitische Sprecher und Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, Götz Frömming:
„Wir fordern Kulturstaatsminister Wolfram Weimer auf, sich unverzüglich und entschieden für den Erhalt und die eigenständige Zukunft des Oberschlesischen Landesmuseums einzusetzen. Der Paragraph 96 des Bundesvertriebenengesetzes bietet hierfür eine solide rechtliche Grundlage. Es geht nicht nur um ein Museum, sondern um die Bewahrung unserer gemeinsamen Kulturgeschichte.
Als AfD-Bundestagsfraktion erklären wir unsere volle Unterstützung für eine dauerhafte institutionelle Förderung des Bundes zugunsten dieses wichtigen Museums.“

Quelle. https://christlichesforum.info/afd-fraktion-will-die-zukunft-des-oberschlesischen-landesmuseums-sichern/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_source_platform=mailpoet&utm_campaign=die-letzten-newsletter-total-beitrage-unseres-blogs_1

Bernd Posselt spürt den „Wind der Veränderung“ wehen

Als langjähriger Besucher des Sudetendeutschen Tages fiel mir vor allem auf, dass natürlich die Erlebnisgeneration der Vertreibungen immer kleiner wird und bei den Anwesenden betroffenen Sudetendeutschen immer wieder die Frage kam, warum weder der Bayrische Ministerpräsident noch der Sprecher der Sudetendeutschen die Benesdekrete mit keinem Wort erwähnten.

Die Einordnung deutscher Gräber in der Tschechischen Republik als kulturelles Erbe und ihre finanzielle Förderung ist zweifelsfrei ein guter Schritt, allerdings sind in der Zwischenzeit viele Gräber bereits verfallen.

Den Unvereinbarkeitsbeschluß mit der AfD halte ich für persönlich falsch, weil damit Millionen Wähler dieser Partei diskreditiert werden. Konsequenterweise wäre es dann schon besser, auch den CSU-Stand auf dem Sudetendeutschen Tag zu untersagen, denn die Volksgruppenorganisation will ja überparteilich sein. Doch soweit wird Bernd Posselt nicht gehen, denn man beißt ja nicht in die Hand, die einen füttert.

Einen Sudetendeutschen Tag in Tschechien wird es wohl in dieser Form nicht geben, denn das würde die ohnehin immer kleinere Zahl der teilnehmenden Sudetendeutschen weiter schmälern.

Das meint der Sudetendeutsche der Bekenntnisgeneration
Claus Hörrmann

28. Landestreffen der Ostpreußen in Anklam

05. Juni 2025

Von Friedhelm Schülke

Viele Ostpreußen und Freunde der Heimat von nah und fern kommen offenbar gerne zu den Landestreffen in Mecklenburg-Vorpommern. Am 10. Mai 2025 füllte sich das Volkshaus in der kleinen, entlegenen vorpommerschen Stadt Anklam wieder bis auf den letzten Platz.

Fast 800 Teilnehmer bevölkerten zum nunmehr 28. Landestreffen die Mehrzweckhalle, die mit einem Meer von Osterglocken und Forsythien, Fahnen und Transparenten festlich geschmückt war. Mehr als 100 neue und vor allem jüngere Gäste waren erstmals dabei. Über der Bühne standen die mahnenden Worte: „Frieden – Frieden – Frieden“, darüber nachgestaltete Rettungsreifen der Flüchtlingsschiffe von 1945 „Gustloff“, „Steuben“ und „Goya“.
Das Trakehner Tor und das Bernsteinzimmer vervollständigten die Dekoration.
Die Landesgruppe der Ostpreußen Mecklenburg-Vorpommern mit ihrem Vorsitzenden Manfred Schukat hatte wieder ein reich gefülltes Programm vorbereitet.
Im nahen Stettin fand sie ein preiswertes Hotel, sodaß fast 100 Landsleute direkt aus der Heimat (heute Litauen und Polen) eingeladen werden konnten.
Den Auftakt machte am Vormittag das 1. Pommersche Blasorchester Wolgast mit schwungvoller Blas- und Marschmusik. Dazu wurden über 80 Fahnen ostpreußischer Heimatkreise und -orte feierlich aufgerufen und in der Halle präsentiert.

Fortsetzung auf S. 4

Fortsetzung von S. 3

Erinnerung an den Verlust der Heimat vor 80 Jahren

Die Morgenandacht hielt Pfarrer Bernd-Ulrich Gienke aus Demmin. Im feierlichen Totengedenken wurde der jüngst verstorbenen Landsleute gedacht, vor allem aber an die Große Flucht und den Verlust der Heimat Ostpreußen vor 80 Jahren erinnert.
Der Landrat von Vorpommern-Greifswald, Michael Sack, entbot ein zünftiges Grußwort und überreichte die neue Fahne des Großkreises an den Landesvorsitzenden.
Humoristische und ernste Einlagen bot der Verfasser dieses Beitrags als „Reichsbahn-Untersekretär Waldemar Uschkoreit“ (siehe Foto). Er gab unvergessene Bahn-Episoden aus Ostpreußen zum Besten, wie den Erbseneintopf von Korschen oder die vom Daumen des Schmiedes aus Dubeningken.
Die dazu passende originale Reichsbahn-Uniform hatte Heinz Perkampus aus Schwerin besorgt. Der Referent präsentierte ein gesamtdeutsches Reichsbahn-Kursbuch von 1937/38 mit allen ostpreußischen Fahrplänen sowie den letzten Entfernungs-Anzeiger für Ostpreußen von 1944.

Ein Ständchen zum 100. Geburtstag

Für Helene Teetz aus Anklam, die eine geborene Peleikis aus Preil auf der Kurischen Nehrung ist, erklang zu ihrem 100. Geburtstag ein Ständchen mit „Ännchen von Tharau“, gefolgt von einer Saalrunde „Trakehner Blut“.
Mittagessen, Kaffee und Kuchen reichten zum Glück für den großen Ansturm, denn der Veranstalter hatte auf ostpreußische Art gut vorgesorgt, sodaß noch etwas übrigblieb.

Das befreundete Mecklenburg-Pommeraner Folklore-Ensemble Ribnitz-Damgarten unter seinem Leiter Holger Hurtig hatte neue Lieder und Tänze einstudiert, darunter ein künstliches Johannis-Feuer und ein Reigen der Haustiere.
Dazu kam erstmals ein Brummtopf zum Einsatz – dieses uralte Musikinstrument hatte Olaf Tams aus Hamburg mitgebracht. Der ganze Saal zeigte sich von den 40 Kindern und Jugendlichen begeistert.

Heimatlieder wie das „Ännchen von Tharau“

Eine ganze Stunde erfüllte der Chor „Heide“ aus Heydekrug (Silutė/Litauen) unter seinem Leiter Walter Matulis viele Liederwünsche, darunter „Kur giria žaluoja, ten mano namai“ (Wo der Wald so grün ist, da ist mein Zuhause), „Ännchen von Tharau“ und andere mehr.
Wegen ihrer festlichen Kostüme und schönen Stimmen erhielten die Chor-Damen den Beinamen „Blaue Engel“.
Die Jugendtanzgruppe „Saga“ aus Bartenstein und Schippenbeil führte in ihren ostpreußischen Trachten traditionelle Volkstänze auf und bekam ebenfalls viel Applaus.
Aus Lötzen war der Chor des Deutschen Vereins „Stimme der Heimat“ gekommen, der alte Volkslieder zum Mitsingen, aber auch ein Repertoire aus der Nachkriegszeit vortrug, darunter das christliche Jugendlied „Licze na ciebie, Ojcze“.
Ganz bewußt kamen die Damen vom Chor „Warmia“ aus Heilsberg zuletzt zum Einsatz.
Sie verstanden es mit Ihrer Leiterin Ewa Huss-Nowosielska, die Stimmung wie kein anderer so zu heben, daß sich wieder eine lange Polonaise durch den Saal bildete.
Diesmal wurde sie von einem lebensgroßen Elch auf Rädern angeführt, der bis dahin neben der Bühne als beliebtes Foto-Objekt diente.
Wie immer bildete das Große Finale auf der Bühne den Abschluß, zu dem sich alle Teilnehmer die Hände reichten und gemeinsam noch einmal das Ostpreußenlied anstimmten.
Auch das Fernsehen war präsent und sendete am Abend einen Bericht im NDR-Nordmagazin. So sehen Besucher und Veranstalter dem 29. Landestreffen der Ostpreußen MV 2026 hoffnungsvoll entgegen.

Quelle: https://christlichesforum.info/28-landestreffen-der-ostpreussen-in-anklam/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_source_platform=mailpoet&utm_campaign=die-letzten-newsletter-total-beitrage-unseres-blogs_1

Presseschau

Juni-Ausgabe der Budapester Zeitung:

AfD-Co-Vorsitzende Alice Weidel bei der CPAC Hungary „Leuchtturm der Freiheit“
Der Höhepunkt des zweiten CPAC-Tages war mit Blick auf das Interesse und die Resonanz des Publikums zweifellos die Rede der AfD-Co-Vorsitzenden Alice Weidel.
CPAC Hungary-Premiere für die AfD-Co-Vorsitzende Alice Weidel und ihre Partei:
„Die etablierte Politik hat Deutschland zu einer Gefahrenzone für seine Bürger gemacht.“

Von Jan Mainka

Ihre erste CPAC-Rede war zugleich auch eine Premiere für die AfD. Noch wenige Wochen zuvor war eine Teilnahme der AfD auf der CPAC-Bühne vom Fidesz als zu riskant betrachtet und daher abgelehnt worden. Erst Mitte Mai hatte sich dann plötzlich die Einschätzung geändert und Alice Weidel war persönlich um eine Teilnahme an der CPAC Hungary gebeten worden. Wobei dies zunächst noch vertraulich behandelt wurde: Ihr Name tauchte erst am Tag ihrer Abreise nach Budapest auf der Referentenliste und im Programm auf. Dort war ihr Auftritt dann überaus prominent plaziert: gleich zu Beginn des zweiten Konferenztages unmittelbar nach der Rede von Außenminister Péter Szijjártó.

„Vorsitzende der nächsten Regierungspartei“
Vor einem sehr gut gefüllten Saal bedankte sie sich zunächst für die Einladung und stellte sich als Vorsitzende der zweitstärksten politischen Kraft Deutschlands und der „nächsten Regierungspartei“ vor. Ebenso wie bei einer am Nachmittag des Vortages vom MCC und dem konservativen Nachrichtenmagazin Mandiner organisierten Podiumsdiskussion nutzte sie ihren Auftritt auch jetzt wieder, um das Publikum über die Vorgänge in Deutschland aufzuklären. „Die etablierte Politik hat Deutschland zu einer Gefahrenzone für seine Bürger gemacht. Die Menschen leiden unter Massenmigration, explodierender Kriminalität, hohen Steuern, Energiepreisen, Inflation und Vermögensvernichtung“, beschrieb sie. Die Wähler hätten daher die alte links-grüne Regierung abgewählt. Nun haben sie aber eine Regierung bekommen, die denselben katastrophalen Weg fortsetzt. „Sie haben eine Regierung bekommen, die vorgibt, illegale Einwanderung zu verhindern, während sie die Tore weit offen läßt.“

„Merz hat seine Seele an die Linken verkauft und hält sie nun an der Macht“, unterstrich Alice Weidel. Im Austausch dafür sei er zum Bundeskanzler gewählt worden. Inzwischen sei der „verzweifelte Machterhalt mit allen Mitteln zum Hauptanliegen unserer etablierten Politiker“ geworden. „In Panik beugen sie Gesetze, manipulieren die Verfassung und streichen die Grundrechte der parlamentarischen Opposition, um einen demokratischen Machtwechsel zu verhindern.“

„Krieg gegen die freie Meinungsäußerung“
Die derzeitige Regierung setze auch den von ihren Vorgängern begonnenen „Krieg gegen die freie Meinungsäußerung“ fort. „Sie versucht, kritische Stimmen zum Schweigen zu bringen, indem sie sie als rechtsradikal und extremistisch darstellt.“ Unter dem Vorwand, Haßrede und Desinformation zu bekämpfen, würden legitime Meinungen kriminalisiert. Während der Inlandsgeheimdienst bei der Verhinderung von Terroranschlägen immer mehr versage, versuche er stattdessen, die AfD als Verfassungsfeind zu denunzieren und einen Vorwand für deren Verbot zu konstruieren. „In Wirklichkeit ist der Inlandsgeheimdienst nichts weiter als ein Dienst zum Schutz der schwindenden Macht des Establishments.“ Der Grund für diese „absurden Machenschaften“ sei ganz einfach: „Nur durch den Ausschluß unserer Partei von der Regierung können die linken Eliten gegen den Willen der Mehrheit an der Macht bleiben.“ Mehr als 10 Millionen Wähler von einer angemessenen Vertretung auszuschließen, zerstöre jedoch die Grundlagen demokratischer Herrschaft. An dieser Stelle zitierte Weidel den US-Vizepräsidenten JD Vance, der auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Februar daran erinnert hatte: „Demokratie beruht auf dem heiligen Prinzip, daß die Stimme des Volkes zählt.“

„Wind of Change“
Ein „Wind of Change“ wehe kräftig in Europa und der gesamten westlichen Welt. „Die Zukunft gehört freien, patriotischen Bürgern und souveränen Nationen“, sei sie sich sicher. „Wir kämpfen für freie Meinungsäußerung, den Grundstein aller Freiheit.“ Und weiter: „Wir kämpfen für sichere Grenzen und Recht und Ordnung. Wir kämpfen für die Sicherheit unserer Kinder und der nächsten Generationen. Wir kämpfen für souveräne Nationen und die nächste Generation. Wir kämpfen für das Recht, freie Bürger und freie Nationen zu sein. Und nicht zuletzt kämpfen wir für Frieden in der Ukraine und für gute Beziehungen zu unseren Nachbarn und den USA.“

Abschließend bedankte sie sich bei Ministerpräsident Orbán, den sie als „Leuchtturm der Freiheit“ bezeichnete, für die Gastfreundschaft. Alice Weidel schloß ihre von viel Zwischenapplaus unterbrochene Rede mit dem Slogan der zurückliegenden EU-Ratspräsidentschaft von Ungarn: „Make Europe Great Again!“. Das Publikum würdigte ihre Rede mit Standing Ovations, einer Anerkennung, die bei dieser CPAC Hungary nur zwei weiteren Rednern zuteil wurde.

Buchvorstellung

Die Geschichte, Vorstellungen und Träume der Frau, die Italien und Europa verändern will

Europas Vermittlerin in einer Welt der geopolitischen Spannungen
Aus einem römischen Arbeiterviertel, vaterlos groß geworden und alleinerziehende Mutter, zur stärksten Frau Italiens und europäischen Führungspersönlichkeit

Die Autobiografie einer starken Frau und führenden konservativen Politikerin

In diesem Buch spricht Giorgia Meloni zum ersten Mal umfassend über sich. Über ihre Wurzeln, ihre Kindheit, über ihre Beziehung zur Mama Anna, die Schwester Arianna, die Großeltern Maria und Gianni und über den Schmerz darüber, daß sie keinen Vater hatte; über die unbändige Leidenschaft für die Politik, die sie aus »ihrem« römischen Stadtviertel Garbatella zuerst als Ministerin in die Regierung des Landes und dann an die Spitze von Fratelli d'Italia und der europäischen Konservativen geführt hat; über die Freude, Mutter der kleinen Ginevra zu sein, und über die Liebesgeschichte mit Andrea; über ihre Träume und über die Zukunft, die sie sich für Italien und für Europa wünscht. Aber mit der ihr eigenen Aufrichtigkeit und Klarheit packt sie auch komplexe Themen wie die Mutterschaft, die Identität und den Glauben an. Ein leidenschaftliches und mitreißendes Buch, die Überschriften wie skandierte Ohrwürmer, ursprünglich ironisch gemeint, dann aber zu einem Manifest ihrer Identität geworden. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der politischen Führungsfigur, auf die die Augen vieler gerichtet sind, in Italien und nicht nur da.

Giorgia Meloni:
Ich bin Giorgia
Meine Wurzeln, meine Vorstellungen

Gebunden mit Schutzumschlag
ca. 384 Seiten
13,5 x 21,5 cm

Erscheint im Juni 2025

26,00 € (D) / 26,80 € (A) inkl. MwSt.
ISBN 978-3-95890-654-9

Ich bin rechts – Die Bekenntnisse der Giorgia Meloni

Autor: Vera Lengsfeld
Veröffentlicht am 12. Juni 2025

Als mir der Europa-Verlag die eben erschienene Autobiografie der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni schickte, war ich erst genervt. Ich hasse Politiker-Biografien und war gerade nachhaltig durch Angela Merkels 700-Seiten-Opus abgeschreckt worden. Dann blätterte ich im Buch herum, las ein paar Seiten und war fasziniert. Ich ließ alle anderen Bücher liegen und las „Ich bin Giorgia" von der ersten bis zur letzten Seite.

Das Buch ist nicht nur lebendig geschrieben, es offenbart eine der interessantesten Politiker-Persönlichkeiten, die der Politikbetrieb in Vergangenheit und vor allem Gegenwart zu bieten hat. Ich weiß, in Wikipedia steht, daß Meloni Gründerin einer „postfaschistischen" Partei ist, aber wie fast alle Behauptungen dieser Art: ohne Beleg. Wer ihr Buch liest, sieht, wie absurd diese Behauptung ist. Meloni ist keine Linke, sie macht dem linken Zeitgeist, den sie für falsch und Schlimmeres hält, keine Zugeständnisse. Sie plädiert für Vernunft und Wahrheit (also Anerkennung des Faktischen) in der Politik. Das ist, um mit Bertolt Brecht zu sprechen, das Einfache, das so schwer zu machen ist [. . .]

In der Schule beteiligten sich auch einige Lehrer am Kampf gegen rechts. Meloni widerstand und beklagt heute, daß es den jungen Leuten an Mut fehlt. Sie glauben, daß sich anpassen die bequemere Option ist. Meloni widerspricht. Wer seine Individualität beschneidet, um dem Zeitgeist gefällig zu sein, amputiert sich selbst, indem er sich Ungerechtigkeiten und Gesetzesübertretungen beugt oder die Augen davor verschließt. Meloni ist überzeugt, daß ihre Bewegung „Menschen von höchster Integrität hervorgebracht hat", denn sie haben für ihre Überzeugungen „Nachteile in Kauf" genommen, was „Kühnheit und starke Motivation" erfordert [. . .]

Als Studentin organisierte Meloni ein politisches Festival, das amtierende Politiker einlud, sich den Fragen der Studenten zu stellen. Auch Linke wurden eingeladen und kamen gern – bis auf einen. Umgekehrt wurden rechte Politiker von den Linken niemals zu Veranstaltungen gebeten. Dort gilt das „kein Podium bieten".

Die ganze Buchbeurteilung unter:https://vera-lengsfeld.de/2025/06/12/ich-bin-rechts-die-bekenntnisse-der-giorgia-meloni/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_source_platform=mailpoet&utm_campaign=NL-Post-Notifications

Die Beneš –Dekrete: *Teil 9*

Preußische Allgemeine Zeitung Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt · Pommersche Zeitung

Benesch-Dekrete:
„Geht abrechnen mit den Deutschen“
Trotz Bekenntnissen gegenseitiger Schuld, trotz gegenseitiger Aussöhnungserklärungen stehen die Verordnungen wie in Stein gemeißelt

Klaus J. Groth

29.09.2020

Der Name des Mitbegründers und ersten Nachkriegspräsidenten der Tschechoslowakische Republik, Edvard Benesch, steht für die Vertreibung von drei Millionen zu Staatsfeinden erklärten Deutschen aus ihrer Heimat. Einige der 143 Erlasse der tschechoslowakischen Exilregierung in London und der ersten Nachkriegsregierung in Prag lösten Lynchjustiz gegen den deutschen und ungarischen Teil der Bevölkerung aus. Diese „Dekrete des Präsidenten der Republik“, wie sie offiziell heißen, stehen für Mord, Unrecht und Enteignung.

Beim Münchner Abkommen hatten die Westmächte 1938 eingewilligt, das deutsch besiedelte Sudetenland von der Tschechoslowakei abzutrennen. Im März 1939 marschierte die Wehrmacht in die verbliebene Tschechei ein, das Protektorat Böhmen und Mähren wurde ausgerufen. In London entwickelte die tschechoslowakische Exilregierung Pläne, wie die angeblich alte Ordnung wieder herzustellen sei. Dazu gehörte, die seit Jahrhunderten in Böhmen und Mähren lebenden mehr als drei Millionen Deutsche zu enteignen, entrechten und vertreiben.

Eine Kommission beriet 1942 über ein Dekret zur „Bestrafung der Kriegsverbrecher, Verräter und Kollaborateure“. Das Ergebnis faßte der Leiter der Exilregierung, Edvard Benesch, im Februar 1943 zusammen: Der Umsturz in der Heimat müsse „gewaltsam, eine gewaltige Volksabrechnung mit den Deutschen, [. . .] ein blutiger, unbarmherziger Kampf sein“.

Letztes Dekret vor 75 Jahren

Nach Absprache mit Josef Stalin erklärte Benesch im Oktober 1943: „In unserem Land wird das Kriegsende mit Blut geschrieben werden. Den Deutschen wird mitleidlos und vervielfacht alles heimgezahlt werden, was sie in unseren Ländern seit 1938 begangen haben.“

Benesch traf im April 1945 mit der Regierungsmannschaft in der Slowakei ein. Zwei Tage später forderte das in Moskau veröffentlichte „Kaschauer Regierungsprogramm“: „Geht abrechnen mit den Deutschen für ihre Greueltaten und habt kein Erbarmen mit den deutschen Mördern.“

Es folgten in dichter Reihung die Dekrete, die Enteignung und Vertreibung der Minderheiten sanktionierten.

19. Mai 1945: Eigentum „der Deutschen, Madjaren, Verräter und Kollaboranten“ wurde unter Zwangsverwaltung gestellt, gleichgültig, „ob sie mobilen oder immobilen, öffentlichen oder privaten Besitz“ betrafen. Das Dekret beschleunigte die „wilde Vertreibung“ der Deutschen mit dem Todesmarsch von Brünn, dem Massaker von Aussig oder dem Blutgericht von Landskron.

21. Juni 1945: Grund und Boden der Deutschen und der Ungarn wurden entschädigungslos enteignet. Der Landraub sollte „ein für allemal tschechischen und slowakischen Boden aus den Händen fremdartiger deutscher und ungarischer Landgutinhaber wie auch aus den Händen der Verräter der Republik [. . .] nehmen“.

Fortsetzung auf S. 8

Fortsetzung von S. 7

19. September 1945: „Arbeitspflicht für Personen, die die tschechoslowakische Staatsbürgerschaft verloren haben“. So wurde die Zwangsarbeit umschrieben. Eineinhalb Millionen Männer, Frauen und Jugendliche waren davon betroffen. Die Zwangsarbeiter lebten in Lagern, die Ernährung war mangelhaft. Bezahlung gab es keine. Meist dauerte die Internierung ein halbes Jahr, ehe die Ausweisung erfolgte. In Sonderlagern konnte die Inhaftierung bis zu zehn Jahre dauern. Viele Menschen kamen in diesen Sonderlagern ums Leben. Für die Zeit von Anfang Mai bis Oktober 1945 wurden damit Deutsche als vogelfrei erklärt.

Für vogelfrei erklärt

Zu alledem lieferte Benesch den schrillen Begleittext. Das klang im Juni 1945 so: „Werft die Deutschen aus ihren Wohnungen und macht den unsrigen Platz! Alle Deutschen müssen verschwinden! Was wir im Jahre 1918 schon durchführen wollten, erledigen wir jetzt! Damals schon wollten wir alle Deutschen abschieben. Deutschland war aber noch nicht vernichtet und England hielt uns die Hände, jetzt aber muß alles erledigt werden!“

1946 war das Soll erfüllt. Am 29. Oktober ging der letzte Transport von Karlsbad ab. Nach peniblen Protokollen tschechischer und slowakischer Beamter schoben sie bis zum 1. November 1946 in 1646 Zügen 2.170.598 Deutsche ab. Dazu benötigten sie 67.748 Eisenbahnwaggons. In dem exakt aufgelisteten Unrecht sind all die Schicksale jener Menschen nicht berücksichtigt, die auf den Straßen und in den Lagern starben.

Zum Christfest 1946 hielt Edvard Benesch eine Weihnachtsansprache der speziellen Art: „Das diesjährige Weihnachten bekommt eine besondere Bedeutung, einen eigenen Charakter auch dadurch, daß wir es in unserem Vaterland erstmals ohne Deutsche feiern. Mit dieser Tatsache wurde eines der großen Kapitel unserer Vergangenheit liquidiert.“

Trotz beidseitiger Schuldeingeständnisse zwischen Deutschen und Tschechen seit Jahrzehnten, trotz gegenseitiger Aussöhnungserklärungen, stehen die Benesch-Dekrete seither wie in Stein gemeißelt. Daran änderten auch Bitten der sudetendeutschen Landsmannschaft um Verzeihung nichts. Stattdessen erklärte das Parlament in Prag im April 2002 einstimmig die Dekrete für „unantastbar“. Zu der Zeit wurde über einen Beitritt Tschechiens zur EU verhandelt, das Europäische Parlament verlangte eine Aufhebung der Dekrete. Vergeblich. 70 Prozent der Tschechen sprachen sich dagegen aus.

Am 1. Mai 2004 nahm die EU Tschechien als neues Mitglied auf. Und noch 2013 waren sie im tschechischen Wahlkampf entscheidend. Der Präsidentschaftskandidat Karl Schwarzenberg hatte die Dekrete „eine grobe Verletzung der Menschenrechte“ genannt. Sein Gegenkandidat Miloš Zeman kündigte dagegen an, er werde die „nationalen Interessen“ verteidigen – und gewann die Wahl. Präsident Zeman erklärte, die Vertreibung der Sudetendeutschen sei eine „mildere Strafe“ gewesen als die Todesstrafe. Seither sieht man auf tschechischer Seite keinen Anlaß, die Dekrete zu bezweifeln. Noch 2018 wurde das Problem seitens des seit 2017 amtierenden tschechischen Regierungschef Andrej Babiš als „einmal für immer gelöst“ beurteilt.

Quelle: https://paz.de/artikel/geht-abrechnen-mit-den-deutschen-a1578.html

Denkmal auf dem Friedhof von Kaaden, heute Kadaň, für die am 4. März 1919 durch tschechische Soldaten auf dem Markt erschossenen Frauen, Greise und Kinder.

Kadaň liegt in Nordböhmen, südwestlich der Stadt Kreisstadt Chomutov (Komotau) am Ufer des Flusses Eger.

Deutsche Minderheiten

Katholische Kirche in Rußland: Deutscher Jesuit Lipke ist Weihbischof geworden

KIRCHE + RELIGION aktuell
Jesuit Joseph Werth, Katholische KircheMissionarNowosibirskPaterRußlandWeihbischof Stephan Lipke

Felizitas Küble
03. Feb. 2025

Am Sonntag, dem 2. Februar, wurde der deutsche Philosoph und Jesuit Prof. Dr. Stephan Lipke in der Kathedrale der Verklärung in Nowosibirsk zum Bischof geweiht.

Papst Franziskus hatte den Pater am 12. September 2024 zum Weihbischof der Diözese Nowosibirsk ernannt. Das russische Bistum wird von Bischof Joseph Werth geleitet, der seit der Erneuerung der katholischen Strukturen in Rußland im Jahr 1991 im Amt ist.

Seit 17 Jahren ist Pater Stephan Lipke als Missionar in Rußland tätig. Seit 2020 ist er Generalsekretär der katholischen Bischofskonferenz der Russischen Föderation.

In Moskau ist Pater Lipke auch für viele Orthodoxe und Protestanten eine wichtige Bezugsperson.

Neben der Lehrtätigkeit an verschiedenen Universitäten ist Pater Stephan Lipke in den Moskauer Jahren mit den katholischen Gemeinden betraut worden, die sich hauptsächlich aus philippinischen Gastarbeitern und Studenten aus verschiedenen afrikanischen Ländern zusammensetzen.

Am 20. Januar 2025 kehrte er nach Nowosibirsk zurück, wo er nun seine neue Aufgabe als Weihbischof antritt.

Das von ihm gewählte Bischofsmotto lautet „Obsecramus pro Christi“ (2 Kor 5,20): „Wir sind als Gesandte an Christi Statt“.

In der Diözese in Nowosibirsk, *die sich über ein Gebiet von 2 Millionen Quadratkilometer erstreckt, leben gut eine halbe Million Katholiken, das rund 2 % der Gesamtbevölkerung. Zusammen mit der Diözese St. Clemens in Saratow und der Diözese St. Josef in Irkutsk ist sie eine Suffragan-Diözese der Erzdiözese der Mutter Gottes in Moskau: alle vier bilden die Kirchenprovinz der katholischen Kirche in Rußland mit ihren weit verstreuten und meist kleinen katholischen Gemeinden.*

Quelle: https://christlichesforum.info/katholische-kirche-in-russland-deutscher-jesuit-lipke-ist-weihbischof-geworden/?utm_source=mailpoet&utm_medium=email&utm_source_platform=mailpoet&utm_campaign=die-letzten-newsletter-total-beitrage-unseres-blogs_1

Vor 80 Jahren: Die Evakuierung der Deutschen aus Nordsiebenbürgen
Teil 7 und Schluß

Die aus Jakobsdorf evakuierten Nordsiebenbürger erreichten, wie gesehen, den Ort Aschbach im österreichischen Kreis Amstetten; hier und im nahen Wolfsbach wurden die Flüchtlinge teils gut oder weniger gut, ja sogar feindselig von den Ortsansässigen aufgenommen:

> *„Es sind Redewendungen gefallen wie: »Wollt ihr, groß und klein, den Hitler sehen, ihr Wanderzigeuner« Je mehr man sich kennenlernte, wurde im Laufe der Zeit das Verhältnis zu der einheimischen Bevölkerung besser“ (Schmidt, S. 92).*

Sie fanden nach ein paar Wochen Arbeit in einem nahegelegenen Betrieb oder bei einem Bauer. Als man sah, wie zuverlässig die Siebenbürger waren, änderte sich auch die Einstellung der Einheimischen ihnen gegenüber. Hier erlebten die Jakobsdorfer auch das Kriegsende im Mai 1945: Der Kreis Amstetten wurde von den Sowjets besetzt:

> *„Aus Angst vor Vergewaltigungen durch russische Soldaten haben sich die Mädchen und Frauen versteckt, wo sie eben konnten. Viele wurden von russischen Soldaten vergewaltigt. Diese Not, die ja auch die einheimische Bevölkerung traf, hat zu einer Solidarisierung aller Betroffenen und damit ebenfalls zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen der österreichischen Bevölkerung und den Flüchtlingen geführt“ (Schmidt, S. 92).*

(Bild: Im Güterwagen unterwegs: Evakuierungszug 1944. Foto: Siebenbürgisches Archiv, Gundelsheim)

Fortsetzung auf S. 11

Fortsetzung von S. 10

Jetzt stellte sich aber für die Jakobsdorfer auch die Frage der Rücksiedlung in die Heimat:

> *„Von der Ortsbehörde aus (ich weiß nicht, ob es Österreicher oder Russen waren, vielleicht auch beide zusammen) hat man ihnen dringend die Heimreise empfohlen“ (Schmidt, S. 92f.).*

In ähnlich gelegenen Fällen wird berichtet, daß die Rückführung der Nordsiebenbürger insbesondere aus Böhmen offizielle sowjetische Politik war. Die Rückreise der Jakobsdorfer nach begann am 9. Juli 1945; die Eisenbahnwagen mit den Zwangsrückkehrern wurden an Güterzüge angekoppelt, hierdurch kam es zu zahlreichen Reiseunterbrechungen kam.

Die bereits zitierte Zeitzeugin Christine Fleischer berichtet:

> *„Nach Kriegsende wurden wir von der sowjetischen Besatzung und den österreichischen Behörden nach Hause geschickt. Nach all den Wirren freuten wir uns auf unsere alte Heimat. Niemand ahnte die großen Gefahren, in die wir uns begaben. Wir machten uns auf den Weg in ein Land, in dem Sicherheit und Ordnung noch nicht wiederhergestellt waren“ (Schmidt, S. 98).*

Bereits an der rumänischen Grenze in Großwardein (rum. Oradea) wurde den Heimkehrern von dem Wenigen, was sie noch hatten, einiges abgenommen. Männer und Frauen im Alter von 16 bis 45 Jahren wurden von den übrigen Familienmitgliedern getrennt und zur Zwangsarbeit genötigt: Die noch minderjährige Christine Fleischer:

> *„Wir durften dann unsere Kleider, die wir anhatten, und einmal Kleider zum Wechseln behalten. Alles andere wurde uns weggenommen. Wir wurden auf der Burg in Zimmern untergebracht, wobei man so viele in einen Raum zusammendrängte, daß sie alle nebeneinander auf dem Fußboden noch liegen konnten“ (Schmidt, S. 98).*

Später ging es auf offenen Planwagen der Eisenbahn nach Târgu Jiu im Altreich und kurz darauf nach Târgu Măgurele:

> *„Auch hier wurden wir in ehemaligen Pferdebaracken einquartiert. In der Nacht konnten wir kaum schlafen, weil uns Wanzen und Läuse plagten“ (Schmidt, S. 98).*

Christine Fleischer weiter:

> *„In Jakobsdorf [August 1945] angekommen, durften wir nicht einmal unsere Häuser wieder in Besitz nehmen. Alle ehemaligen Dorfbewohner, die zurückgekehrt waren, wurden in Sammelunterkünften in der Schule, im evangelischen Gemeindehaus und auch in Privathäusern, die gerade leer standen, untergebracht. Wir wurden zunächst von unserem ehemaligen rumänischen Dienstboten in »unserem« Haus aufgenommen“ (Schmidt, S. 99).*

Mit Gelegenheitsarbeiten mußten sich die Jakobsdorfer ihren Lebensunterhalt bestreiten. Nach einem Jahr mußte Christine Fleischer auf Anweisung der neuen Machthaber das *eine* Zimmer im ehemals eigenen Anwesen verlassen und auch in eine Gemeinschaftsunterkunft umziehen: Acht Familien wurden im evangelischen Pfarrhaus zusammengelegt.

> *„In dieser Zeit waren wir ständigen Bedrohungen durch Rumänen ausgesetzt. Bei Nacht bewarfen sie unsere Unterkünfte mit Steinen, wobei auch Fensterscheiben eingeschlagen wurden. (Fensterglas war Mangelware.) Es kam zu Überfällen, gegen die wir uns nicht wehren konnten. Das Leben in Rechtlosigkeit und dauernder Angst war oft unerträglich“ (Schmidt, S. 99).*

Erst im Laufe des Jahres 1947 konnten die Evakuierten ihre ehemals *eigenen* Höfe gegen einen Hungerlohn bestellen. Mit der Bodenreform wurden alle Flächen zu einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) zusammengeschlossen; hier erhielt man zumindest einen geringen Lohn. Erst 1950 erhielten die Evakuierten ihr Wahlrecht und Personalausweise; fünf Jahre später konnten die Jakobsdorfer endlich ihre alten Häuser wieder beziehen.

Literatur

Maria und Dr. Wilhelm Schmidt: Heimatbuch der Gemeinde Jakobsdorf in Nordsiebenbürgen, Ludwigsburg 1989;

Herbert Karl

Kriegsursachen 1914

Vorspiel zum Ersten Weltkrieg: Erster Balkankrieg
Teil 9

Das Osmanische Reich stand bereits 1908 kurz vor dem Zusammenbruch. Nicht nur die selbstbewußt gewordenen *nichttürkischen* Völker des Reiches strebten auseinander. Auch die Großmächte wollten ihre Machtpositionen auf dem Balkan und im Vorderen Orient ausbauen.

Nach einem von Mazedonien ausgehenden Militärputsch der sogenannten *Jungtürken* mußte Sultan Abdul Hamid die seit 1878 geltende Verfassung erneuern. Die Herrschaft der Jungtürken begann 1908; sie versuchte, die Nationalitäten des Reiches zu einem *einheitlichen* osmanischen Volk zu verschmelzen.

Plötzlich entdeckte Italien – nachdem im Osmanischen Reich in Albanien und Südarabien Aufstände ausgebrochen waren, daß seine Bürger in Tripolis benachteiligt werden würden, Es brach (italienische Kriegserklärung am 29. September 1911) den italienisch-türkischen Krieg vom Zaun (siehe April-Kurier).

Diese innen- und außenpolitischen Krisen des Osmanischen Reiches, nahmen nun Bulgarien, Serbien, Griechenland und Montenegro zum Anlaß, ihre Territorien zu arrondieren. Der Sultan, der auch landläufig „kranker Mann am Bosporus“ (Zar Nikolaus I. zu dem britischen Botschafter 1852) bezeichnet wurde, sah sich hierdurch genötigt, mit Italien den Frieden von *Lausanne* abzuschließen, um den Rücken im Kampf gegen die angreifenden Balkanstaaten freizubekommen.

Am 13. März 1912 war die geheime „Balkanallianz“ zwischen Bulgarien und Serbien entstanden: Diese sah die Aufteilung des mazedonischen Raumes zwischen den beiden Staaten vor, war letztlich aber auch eine *völlige* Vertreibung der Türken vom europäischen Kontinent.

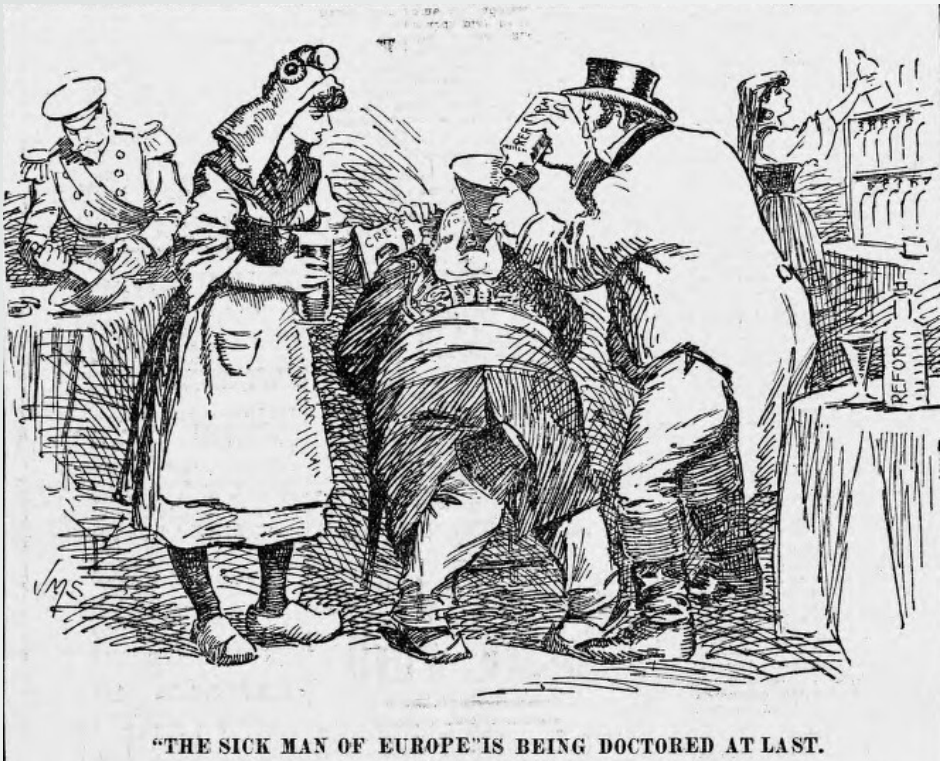
Eine weitere geheime Militärallianz zwischen Griechenland und Bulgarien wurde im Mai 1912 unterzeichnet:

> *„Die Balkanstaaten nahmen jedoch – weitgehend zu Unrecht – eine erhebliche Bindung und Schwächung der türkischen Streitkräfte durch den Krieg gegen Italien an, mussten aber mit Überraschung feststellen, dass deren Widerstand stellenweise heftig war und bei Frontalangriffen den Balkanstaaten erhebliche Verluste kostete“ (Etschmann).*

Die Kriegsoperationen faßt Etschmann zusammen:

„Der Türkei waren die Absprachen und Kriegsvorbereitungen der Balkanstaaten nicht verborgen geblieben, sodaß bereits am 24. September 1912 die Streitkräfte in Europa mobilisiert wurden. Am 19. Oktober 1912, einen Tag nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages von Lausanne, griffen die serbischen und bulgarischen Streitkräfte türkische Verbände in Mazedonien an. Bereits am 8. Oktober hatten schwache montenegrinische Verbände mit dem Einmarsch in das Gebiet Sandschak Novi Pazar sowie den heutigen nordalbanischen Raum begonnen und kesselten daraufhin die Stadt Skutari (die Belagerung mit Verstärkung durch serbische Truppen sollte bis 23. April 1913 andauern) ein. Eine Woche später waren serbische Verbände in das Kosovo eingerückt und trafen vorerst nur auf schwachen Widerstand von türkischen Truppen. Hatte der montenegrinische Angriff noch als isolierte Aktion seitens der türkischen Führung beurteilt werden können, so zeigte das Eingreifen Griechenlands, das seine Streitkräfte in Thrakien und Mazedonien einrücken ließ, jetzt klar, daß die vier Balkanstaaten strategisch auf ein rasches Ende der osmanischen Herrschaft auf der Balkanhalbinsel abzielten.

Fortsetzung auf S. 13



"THE SICK MAN OF EUROPE" IS BEING DOCTORED AT LAST.

Fortsetzung von S. 12

In der Schlacht von Kumanowo am 23. Oktober 1912 erlitten die türkischen Streitkräfte gegen die serbische Erste Armee eine schwere Niederlage, der weitere folgten, u. a. bei Lüle Burgas in Ostthrakien gegen die bulgarischen Truppen. Dies war mit über einer viertel Million Soldaten die größte Schlacht in Europa seit dem Deutsch-Französischen Krieg 1870/71. Der schwerste Schlag für die türkischen Streitkräfte war der Verlust Salonikis am 8. November, wohin ein Wettlauf griechischer und bulgarischer Truppen stattgefunden hatte. Vom 16. bis 19. November siegten serbische Truppen im Raum Bitola (Monastir) und zwangen einen großen Teil der türkischen Verbände in Westmazedonien zur Kapitulation. Am 4. Dezember kam es unter dem Druck der Großmächte zur Unterzeichnung eines Waffenstillstandes. Nach einem Putsch der Jungtürkischen Bewegung am 13. Jänner 1913 kamen die bereits im Dezember 1912 begonnenen Friedensgespräche in London zu einem Ende, und die Kämpfe begannen am 3. Februar 1913 erneut.

Die griechischen Streitkräfte stürmten am 3. März 1913 die Festung Ioannina (Janina, im westlichen Griechenland), während bulgarische Truppen mit serbischer Unterstützung am 26. März Adrianopel (heute: Edirne) einnahmen. In diesen beiden Schlachten gerieten rund 90 000 türkische Soldaten in Gefangenschaft. Der Zusammenbruch der türkischen Streitkräfte stand nun unmittelbar bevor, denn bulgarische Verbände hatten sich bereits auf 35 Kilometer der Hauptstadt Konstantinopel (Istanbul) genähert.

Der Londoner Friedensvertrag vom 30. Mai 1913 bestimmte, daß das Osmanische Reich alle Gebiete westlich der Enos-Midia-Linie (Enez-Midye-Linie) verlor und Kreta endgültig an Griechenland abzutreten hatte.

Serbien als wahrer Sieger hatte sein Territorium durch die Besetzung des größten Teils des Sandschak Novi Pazar, des Kosovo und großer Teile Mazedoniens fast verdoppelt.

Letztlich hatte aber die Schaffung eines albanischen Staates unter internationaler Aufsicht Serbiens Bestrebungen verhindert, sich einen Zugang zum Meer zu verschaffen und seine isolierte Binnenlandposition zu durchbrechen. Die Überlegungen von einem serbischen Hafen Saloniki (Thessaloniki) blieben Träume“.

Der österreich-ungarischen Thronfolger, der tragische Held von Sarajevo soll sich zum Ausbruch des Balkankrieges geäußert haben:

> *„Sollen sich die Kerle die Schädel einhauen; wir schauen in der Loge zu“ (Bled, Jean-Paul: Franz Ferdinand. Der eigensinnige Thronfolger, Wien u. a. 2013).*

Über das Hin-und-Wider einer österreichisch-ungarischen Unterstützung der serbischen Forderung nach einem Zugang zur Adria kann hier nicht eingegangen werden.

Literatur

Temeswar in der Revolution 1989. Der 17. Dezember 1989: Tag der Entscheidung
Teil 7

Bohn weist in seinen Erinnerungen auf eine auffällige Besonderheit: In dem allgemeinen Chaos des ersten blutigen Dezembertages, schwirrten die Taxiwagen

> *„wie wildgewordene Hornissen durch die nächtliche Straßen von Temeswar [. . .]*
> *Trotz heftiger Schießerei wurde in dieser Blutnacht des 17. Dezember kein einziges Taxi angeschossen. Eigentümlich . . . Der Taxifahrer I.P. meldete gegen 23 Uhr, von seinem augenblicklichen Standort aus der Lippaer-Straße: »Hier wird geschossen, wie an der Front! Große Gruppen von Demonstranten bewegen sich von hier – aber auch von der Arader-Straße, wo ich soeben vorüberkam, in Richtung Stadtzentrum! Eine kleine Gruppe Unbekannter zerschlägt Schaufenster für Schaufenster. Hier und dort wird geplündert“ (S. 212f.).*

Die Demonstranten hatten längst herausbekommen, daß die öffentlichen Taxis Teil des Unterdrückungsapparats waren: Ein Taxi wurde als Befehlszentrale benutzt:

> *„Die Fahrer erhielten ständig Anleitungen für weitere »patriotische Dienste«. Die zentralisierten Informationen wurden von den Kräften der Repression natürlich sofort ausgewertet. Dieser Umstand führte dazu, daß Ansammlungen und Aufmärsche bereits in der Initialphase bekämpft und die Zahl der Opfer vergrößert wurde“ (Bohn, s. 213).*

Fortsetzung auf S. 14

Fortsetzung von S. 13

Am Ende des Temeswarer Blutsonntags zog noch ein sehr heftiges Gewitter über die Stadt: Die Blutlachen der Getöteten und Verwundeten wurden von den Gehsteigen und dem Asphalt gewischt. Die kaputten Schaufenster und die Brandspuren sowie die Einschußlöcher wurden von der Dezembersonne am folgenden Montag beleuchtet.

Panzerwagen und Patrouillen der Miliz und der Armee zogen durch die Straßen; die Stimmung war auf dem Tiefpunkt:

> *„Man umging sich und beschnupperte sich gegenseitig, stillschweigend und zähneknirschend. Man brauchte Zeit, um die erschreckenden Ereignisse von gestern verarbeiten zu können, auch in den Fabriken. Erst am Nachmittag entluden sich die unheimlichen Spannungen. Das Volk fand sich wieder massenhaft zusammen und ließ nicht von seinen Forderungen ab“ (Podlipny, S. 18).*

Alle stellten sich die Frage: „Wo sind unsere Toten?“ Sie waren verschwunden. Es wurde bekannt, daß Securisten in die Wohnungen drangen, in denen Tote aufgebahrt waren, diese wurden ohne Erklärung den Angehörigen und Freunden entrissen (Podlipny, S. 18).

Eine junge Medizinstudentin berichtet:

> *„Am frühen Morgen wurde das Spital [das Kreiskrankenhaus] von Truppen der Securitate umzingelt und bewacht. Auch im Innern des Spitals führten sie das Zepter. Sie eigneten sich das Register der Aufnahmen an, begannen mit den Untersuchungen und dem Verhör der Überlebenden – auch der Schwerverwundete –, das drei Tage lang dauerte. Alle Einwände der Ärzte wurden überhört und übergangen“ (Podlipny, S. 19).*

Bohn (S. 214) berichtet, daß in der Nacht auf den 18. Dezember 1989 mehrere Uniformierte im Kreiskrankenhaus eintrafen und nach der Zahl der Toten fragten: Ihnen wurde die Zahl 48 genannt.

Auch in der Nacht vom 18. auf den 19. Dezember 1989 war in der Nähe des Kreiskrankenhauses Gefechtslärm zu hören; die Zeitzeugin weiter:

> *„Gegen 4 Uhr ging plötzlich das Licht aus. Ich war gerade im Flügel über der Leichenhalle. Unten hörte ich ein Geräusch. Ich zog eine Ecke der Decke am Eingangsfenster zur Seite und sah ein seltsames Treiben. Vor der Hallentür stand ein Tiefkühllaster. Bewaffnete Zivilmänner warfen die Toten wie Säcke in die Truhe. Ich zählte jeden dumpfen Aufschlag. Es waren 56, als ich am Ende des Korridors Schritte hörte und forteilte. Die Leichen waren verschwunden“ (Podlipny, S. 19f.).*

Diese erschütternde Szene des Aufstandes sorgte später – während der juristischen „Aufarbeitung“ der Revolutionsereignisse – für heiße Auseinandersetzungen und Diskussionen im nachrevolutionären Rumänien: Offensichtlich handelte man im *besonderen* Auftrag der Frau des Diktator, Elena Ceausescu. Ihr Mann, Nicolae Ceauşescu, war gerade auf Staatsbesuch bei seinem wichtigen Handelspartner Iran.

Auf jeden Fall berichteten die ausländischen Medien über diese Verladung und den Abtransport der Toten der Revolution im Kühllaster: Es wurde allerdings von hunderten Toten berichtet, was sich im Laufe der Aufarbeitung der Revolutionsereignisse als nicht haltbar erwies. Offensichtlich übernahmen die Mehrzahl der ausländischen Medien – mit Ausnahme des Senders „Freies Europa“ – eine kolportierte Falschmeldung.

Justitiabel wurde die Version eines Transports von 43 Toten in einem Kühltransporter eines Schweinezuchtbetriebes (Operation: „Trandafirul“ – „Die Rose“; siehe u. a.: https://hotnews.ro/operatiunea-trandafirul-disparitia-mortilor-timisoarei-832864). Offensichtlich hatten die Behörden schon ein größeres Problem in der Bereitstellung eines einzigen entsprechenden Kühlwagens. Die Toten wurden auf Anweisung von Elena Ceauşescu im Bukarester Krematorium verbrannt und deren Asche in einem Bukarester Kanal verstreut.

Literatur zur Revolution

Hans Bohn: Die Lazarusnacht von Temeswar. Chronik des Volksaustandes vom Dezember 1989 in von ihm 1993 erschienenem Buch Verlorene Heimat (Temeswarer Helicon-Verlag);
Annemarie Podlipny-Hehn: Wir waren Zeugen. Temeswar 1989/1990, München 1991.

Fortsetzung folgt

Herbert Karl

Litauen

Träge Ströme tragen ihre Wasser
Durch die Lande irgendwo zum Meer.
Und um weite Ebnen hängt ein Himmel
Kalt und schwer.

Unter grauen Nebelnetzen schlafen
Strom und Felder und das ganze Land . . . .
Ob hier jemals Lachen ist und goldner
Sonnenbrand?
Ob hier Mädchen sind mit schlanken Gliedern.
Scheu und doch voll Wissen, daß sie schön?
Ob hier Frühling ist und blumenweiche
Winde gehn?

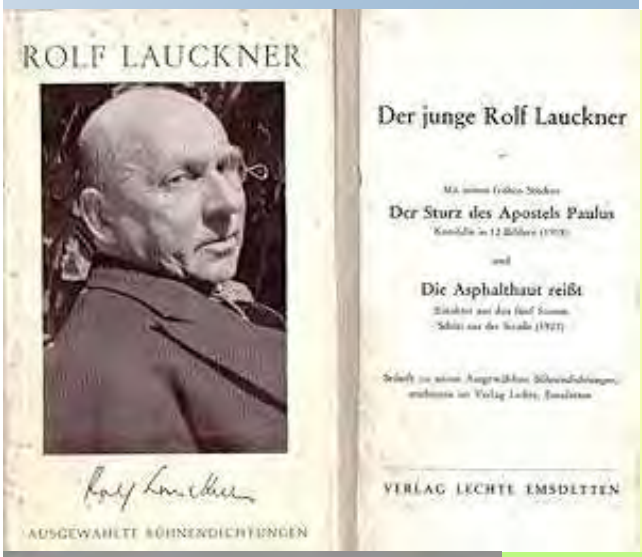
Nirgends kommt die Antwort. - Träge Ströme
Ziehn vorbei und wälzen sich zum Meer.
Grau um graue Felder hängt der Himmel
Kalt und schwer.

Rolf Lauckner,

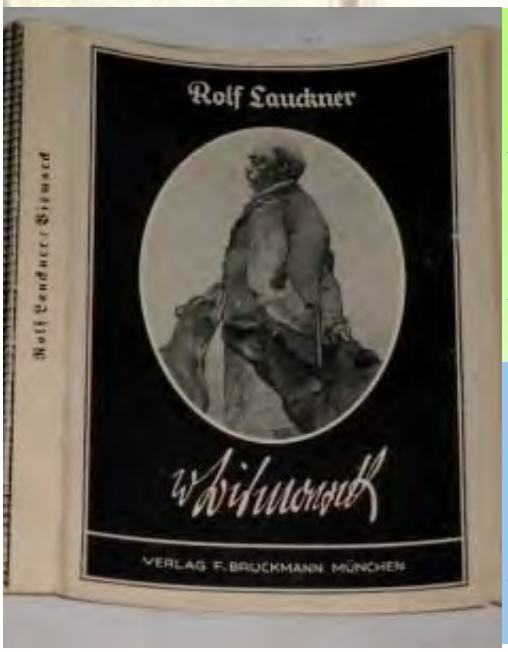
(15. Oktober 1887 in Königsberg – 27. April 1954 in Bayreuth)

Lauckner studierte Jura und Staatswissenschaft in Lausanne, München, Königsberg und Würzburg.

Im Jahre 1913 promovierte er zum Dr. jur. et rer. pol. Von 1913-1923 leitete er die Zeitschrift „Über Land und Meer“ in Stuttgart, ging dann nach Wien und lebte seit 1925 als freier Schriftsteller in Berlin. Lauckner war ein äußerst produktiver Dramatiker und Lyriker, hat sich auch als Übersetzer und Bearbeiter einen Namen gemacht.



Aus der großen Zahl seiner Werke seien die im Jahre 1912 veröffentlichten „Gedichte“ genannt, von seinen Dramen „Der Sturz des Apostels Paulus“ (1918), „Predigt in Litauen“ (1919), „Wahnschaffe“ (1920), „Die Reise gegen Gott“ (1923), „Bernhard von Weimar“ (1933), „Hiob“ (1949), von seinen Komödien und Lustspielen „Verlegenheit im Völkerbund“ (1927), „Der Hakim weiß es“ (1936), „Wanderschneidt sucht seine Frau“ (1938). Lauckner schrieb ferner die Opern „Satuala“ (Musik von E. N. v. Reznicek) und „Nadja“ (Musik von E. Künnecke) sowie ein Charakterbild Friedrichs des Großen unter dem Titel „Das Leben für den Staat“ (1936) und das Trauerspiel „Der letzte Preuße“ (1937).



HOH(L)SPIEGEL:

Schwer zu unterscheiden,
Noch schwerer zu ergründen sind die Menschen.

Friedrich von Schiller
HK

Bildnachweis:

Karten, Bilder und Graphiken stammen—wenn nicht extra gekennzeichnet - aus Privatsammlungen oder von offiziellen AfD-Seiten.

Red./HK

Impressum

SPRECHER
Herbert Karl:
0175 9036144
Martina Kempf

STELLV. SPRECHER :
Vadim Derksen
Albert Breininger

ANSCHRIFT:
Grösselbergstr. 7
75331 Engelsbrand

SPENDEN Sparkasse Pforzheim-Calw
IBAN: DE33 6665 0085 0008 9636 65
www.vadm-afd.de

E-Mail:
kontakt@vadm-afd.de